



Gegen das Vergessen: Der „Auschwitz-Erlass“ von 1942 / Studie der Universität Leipzig bestätigt antiziganistische Ressentiments in der Gesellschaft

Heute vor 78 Jahren erließ der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler den sogenannten „Auschwitz-Erlass“. Darin ordnete er die Deportationen der noch im Deutschen Reich verbliebenen Rom_nja und Sinti_ze in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau an. Der Erlass bildete die Grundlage für den Genozid an Rom_nja und Sinti_ze. Einem Großteil der Bevölkerung ist dies bis heute nicht bekannt.

Um die NS-Verbrechen an Rom_nja und Sinti_ze und die damit einhergehende Verantwortung zur Erinnerung und Mahnung in das gesamtgesellschaftliche Bewusstsein zu rücken, entwickelten der Rom e.V. und der Künstler Gunter Demnig anlässlich des 50. Jahrestags des „Auschwitz-Erlasses“ eine Idee: Vor dem Historischen Rathaus der Stadt Köln verlegte Demnig 1992 einen Stein aus Messing, der der erste Prototyp der späteren Stolpersteine sein sollte. Statt der biografischen Informationen trägt der Stein die Zeilen des Schnellbriefes des Reichssicherheitshauptamtes vom Januar 1943, der auf den Inhalt des Auschwitz-Erlasses von Himmler Bezug nimmt. Der Erlass selbst ist nicht überliefert. 2010 wurde der Stolperstein vor dem Rathaus von Unbekannten entwendet. Drei Jahre später konnte ein neuer Stolperstein vor dem Historischen Rathaus eingesetzt werden.

Bis heute sind Angehörige der Minderheiten von Rassismus betroffen. Die vor kurzem erschienene Studie der Universität Leipzig über rechtsextreme Einstellungen in Deutschland bestätigt einmal mehr, dass sich antiziganistische Ressentiments im gesamtgesellschaftlichen Bewusstsein hartnäckig halten. Auch Ruždija Russo Sejdović, Vorstandsmitglied des Rom e.V., sieht die Ergebnisse der Studie sowie die Radikalisierung der Gesellschaft in Zeiten der Corona-Pandemie als besorgniserregend an: **„Wie können wir unsere Gegenwart und Zukunft unter Einhaltung der Menschenrechte gestalten, wenn eine Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht stattfindet und stattdessen Geschichtsrevisionismus betrieben wird? Die Geschichte lehrt uns, dass insbesondere in Krisenzeiten Minderheiten zu Sündenböcken stigmatisiert werden. Die aktuelle Situation muss uns ein Alarmsignal sein. Es ist höchste Zeit, sich gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus zu positionieren und für die Einhaltung der Menschenrechte einzutreten.“**

Ansprechpartnerin: Lisa Willnecker, lisa.willnecker@romev.de; 0221-2786076